

Erst die Einordnung in diesen Zusammenhang gewährt einen Einblick in die DDR-Gegebenheiten.

Die DDR-Wirklichkeit ist jedoch nicht ohne die vielfachen Verflechtungen mit den östlichen Staaten, mit der Bundesrepublik Deutschland, mit den westeuropäischen Staaten, ja mit ihrer Einbettung in die Weltpolitik zu erfassen. Auch ist die Zeit vor 1945 zu berücksichtigen.

4. Der friedliche Vollzug der Revolution ist ein einzigartiges Ergebnis der Umgestaltung der Verhältnisse. Diejenigen, die bedauern, daß nicht doch Köpfe rollten, dürften die Menschenrechte, die auch ehemals Mächtige einschließen, nicht auf ihrer Seite haben. Sie spielen auch nachträglich mit dem Feuer und übersehen, daß Blutvergießen zu einer unkontrollierbaren Eskalation führen kann. Die friedliche Revolution bestätigt dagegen im nachhinein alle, die auf ein behutsames Ändern der Verhältnisse gesetzt haben. Zu dieser friedlichen Revolution haben neben den außenpolitischen Komponenten (KSZE, Entspannungspolitik, Entwicklung in Polen und Ungarn, Gorbatschow) vor allem die Friedensandachten und die Arbeit der Basisgruppen in der Kirche beigetragen.

5. Verhandlungen mit Regierungsstellen gehörten zu den Pflichten eines kirchlichen Mitarbeiters innerhalb des jeweiligen Zuständigkeitsbereiches. Für die Kirche waren der Staatssekretär für Kirchenfragen oder die für Kirchenfragen zuständigen Referenten auf Bezirks- und Kreisebene die gewiesenen Ansprechpartner. Konkrete Anlässe bezogen aber auch andere staatliche Stellen ein. Wer diese Kontakte von vornherein verdächtigt, verkennt den Auftrag der Kirche, um des Nächsten, Christen wie Nichtchristen, und um der Gesellschaft willen mit den Machthabern zu verhandeln, sofern auch nur die geringste Aussicht besteht, durch diese Gespräche Verbesserungen und Erleichterungen zu erreichen.

Dabei ist jeder Gesprächspartner, auch der Funktionär, auch der Kommunist, als Mensch zu sehen, dem man als Mensch zu begegnen hat. Das schließt nicht aus, sondern ein, daß man klar zur Sache redet. Das verträgt sich auch mit dem Wissen, daß der Gesprächspartner nicht nur lautere Absichten hegte, ein SED-Funktionär jedenfalls die Förderung des christlichen Glaubens nicht zu seinen Anliegen zählte und daher nur im zähen Ringen von Fall zu Fall zu konkreten Zugeständnissen zu bewegen war.

Gerade dieses Wissen erfordert im Rückblick verstärkt die kritische Rückfrage, ob die Verhandlungen mit den Regierungsstellen dem Auftrag der Kirche gemäß geführt wurden.